

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2880

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2880



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Fakten zur Zuwanderung

«Kinder statt Inder»

Von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Ohne frisches Blut stirbt Europa aus. Doch, statt eine vernünftige Familienpolitik zu entwickeln, fluten wir unsere Heimat mit Migranten, mit Indern statt mit Kindern.

In den letzten Jahren pendelte sich die Geburtenziffer in der Schweiz bei ca. 1,5 Kindern pro Frau ein. Für ein gleichbleibendes Niveau der Bevölkerung braucht es aber durchschnittlich 2,13 Kinder pro Frau. Ausländerinnen hatten 2016 noch im Schnitt 1,9 Kinder. Die Kinderzahl hängt stark mit dem Bildungsstand der Frauen zusammen, was bedeutet, dass von den wenigen Kindern, welche in der Schweiz und in Europa auf die Welt kommen, ziemlich überspitzt gesagt, immer mehr dumm sind.

Der «Konvergenz-Plan»

Auch in der EU geht man davon aus, dass in den nächsten 25 Jahren die Anzahl der Rentner stark zunimmt. Im dicht bevölkerten Europa «fehlen» nach Ansicht der EU-Migrationsbefürworter bis ins Jahr 2060 rund 70 Millionen Einwohner. Um das auszugleichen soll die Bevölkerung der EU auf die Zahl von 517 Millionen im Jahr 2060 erhöht werden, aktuell sind es ca. 513 Millionen.

Die EU will gemäss ihrem «Konvergenz-Plan» 68 Millionen Einwanderer aufnehmen, also 1,72 Millionen pro Jahr, eine Zahl die deutlich über dem bisherigen Rekordhoch 2015, dem fatalen Jahr der Masseneinwanderung, liegt. Keine Rolle hingegen spielt in diesem «Konvergenz-Szenario» die Familienpolitik, also das nachhaltige Nachwachsen der Bevölkerung.

Grösster Migrantenimport aller Zeiten

Menschen zu importieren ist offenbar einfacher und zumindest kurzfristig günstiger, als sie grosszuziehen. Denn das «Angebot» für den europäischen Bevölkerungsaustausch ist riesig: Lebten vor 70 Jahren noch 2,5 Milliarden Menschen auf der Welt, so sind es heute bereits 7,8 Milliarden Menschen und spätestens

2050 soll die Zehn-Milliarden-Grenze geknackt sein. Treiber ist dabei wie gesagt nicht Europa, sondern es sind die unterentwickelten Länder; in Nordafrika und dem westlichen Asien hat sich die Bevölkerung von 1950 bis 2020 verfünffacht.

In den typischen Herkunftsländern der Migranten nach Europa – Ghana, Senegal, Nigeria in Westafrika oder Somalia, Eritrea, Äthiopien in Ostafrika – hat sich die Bevölkerung allein seit 1990 verdoppelt. In Afrika werden im Jahr 2050 voraussichtlich 2,5 Milliarden mehrheitlich junge Menschen leben. In der Sub Sahara kommen jetzt schon auf jeden Mann, der das erwerbsfähige Alter verlässt, 6,6 junge Männer die in das Erwerbsalter eintreten. Ein massiver Anteil davon will nach Europa migrieren.

Gesamteuropäischer Asylmissbrauch

Und so erfolgt die Einwanderung nach Europa seit vielen Jahren weit überwiegend aus Afrika und dem westlichen Asien. Zwischen den frühen 1970er- und den späten 1990er Jahren ist die Zahl der Asylanträge in den Ländern der heutigen EU um das Zwanzigfache gestiegen. Das heute bestehende Asylrecht wird für die Migration aus wirtschaftlichen Gründen missbraucht. Auch die Schweiz ist davon betroffen. Trotz rekordhohem Ausländeranteil ist sie nicht willens, die illegale, geschweige denn die legale Migration wirksam einzudämmen.

Gemäss Bundesamt für Statistik werden im Jahr 2045 zehn Millionen Menschen in der Schweiz leben. Haupttreiber der Migration von Afrika nach Europa sind die umfassenden Sozialleistungen. Die Probleme sind denn auch immens: Seit über zehn Jahren verschlechtert sich die finanzielle Lage der AHV und seit 2014 ist das Umlage-Ergebnis der AHV negativ.

Migranten bedrohen die AHV

Weil die AHV wie ein Schneeballsystem aufgebaut ist, verschärft jeder Einwanderer das Problem. Die Kosten für die Sozialhilfe sind von 2003 bis 2017 bei den Gemeinden und Kantonen um 130 Prozent gestiegen, die Sozialhilfequote für Personen im Flüchtlings- und Asylbereich beträgt 85,5 beziehungsweise 88.4 Prozent. Zudem hat sich der Aufwand bei den Ergänzungsleistungen in den Jahren 2000 bis 2014 verdoppelt.

Obwohl der Grossteil der Sozialhilfebeziehenden männlich, ledig und jung ist, bleiben viele dieser Menschen ihr Leben lang in der sozialen Hängematte, und die Kostenspirale bringt mittlerweile Hunderte von Gemeinden an den Rand des finanziellen Ruins.

Radikalisierung der Migranten

Zu den kaum mehr zu bewältigenden finanziellen kommen die kulturellen Folgen: Sogar einstmals «liberale» Muslime radikalieren sich mittlerweile grossflächig. Im Rahmen des Familiennachzugs wandern Frauen und Mütter nun streng verschleiert aus Ex-Jugoslawien ein.

Es entwickelt sich eine Parallelgesellschaft, Kindern wird das Feiern von Geburtstagen verboten und sie müssen regelmässig die Moscheen besuchen, wo schlecht ausgebildete Imame aktiv an der Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen arbeiten. Personell und finanziell alimentiert werden radikale Elemente und Moscheen zunehmend von arabischen Ländern, die auch Mitglieder islamischer Sekten in die Schweiz bringen.

Und so ist es kein Wunder, dass knapp 21 Prozent der muslimischen Jugendlichen im Alter von 17 bis 18 Jahren in der Schweiz die Einführung eines Gottesstaates unter Scharia befürworten. 28,8 Prozent sind gegenüber nicht traditionellen Muslimen feindlich gesinnt, 26,1 Prozent finden, Frauen hätten in den Ländern wie der Schweiz zu viele Freiheiten und 8,7 Prozent finden es gar in Ordnung, wenn Muslime mit Gewalt und Terroranschlägen für ihre Sache kämpfen.

Ungarns Familienpolitik

Eine für Nachwuchs sorgende Familienpolitik wird ausser in Orbans Ungarn in Europa aber nicht einmal diskutiert. Ja, Ungarn wird für seine familienfreundliche Politik von den hiesigen Machtcliquen sogar als reaktionär und schlimmer diffamiert. Dabei müsste es jedermann klar sein: «Kinder statt Inder», ein Spruch, den ein deutscher Politiker gar nie gesagt hat, für den er aber von den Mainstream-Medien stark kritisiert wurde, wäre die Lösung für die Probleme, die wir nie hätten schaffen sollen.

Hermann Lei

Viele der Informationen stammen aus der Broschüre «Heilmittel Migration» der Stiftung Zukunft CH